

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Mag. Dolores Bakos, BA (NEOS), Thomas Weber (NEOS), Dipl.-Ing. Selma Arapović (NEOS), Peter Florianschütz, MA, MLS (SPÖ), Mag.a Dr.in Ewa Samel (SPÖ), Nikolaus Kunrath (GRÜNE), Mag. Ursula Berner, MA (GRÜNE), Mag. Caroline Hungerländer (ÖVP), Hannes Taborsky (ÖVP) und Dr. Katarzyna Greco, MIEM (ÖVP) für den Gemeinderat am 22.02.2024, eingebracht im Zuge der Debatte zur Mitteilung des amtsführenden Stadtrats für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke.

Beitrittsperspektive für den Westbalkan

Die Länder des Westbalkans – eine Region, die von einer komplexen Geschichte und langanhaltenden Herausforderungen geprägt ist – stehen an einem entscheidenden Punkt auf ihrem Weg zur europäischen Integration. Trotz beachtlicher Fortschritte in den letzten Jahren, bleibt der Prozess der Annäherung an die Europäische Union (EU) ein langwieriger und herausfordernder Weg

Die EU-Erweiterung ist nicht nur ein strategisches Ziel der Union, um Stabilität, Sicherheit und Wohlstand in Europa zu fördern, sondern auch eine historische Chance für die Länder des Westbalkans, ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systeme zu transformieren. Die Annäherung dieser Staaten an die EU-Standards ist ein wesentlicher Schritt in diesem Prozess. Dies beinhaltet Reformen in Bereichen wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Menschenrechte, Minderheitenschutz, sowie wirtschaftliche und administrative Strukturen.

Im Oktober 2022 hat die Europäische Kommission ihr Erweiterungspaket angenommen, das eine umfassende Bewertung der Fortschritte der sechs Westbalkan-Länder und der Türkei auf ihrem Weg zur EU-Mitgliedschaft umfasst. Dieses Paket betont die Bedeutung grundlegender Reformen in den Bereichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung und Medienfreiheit. Besonders hervorgehoben wurde Bosnien und Herzegowina, dem der Kandidatenstatus unter bestimmten Voraussetzungen empfohlen wurde. Diese Empfehlung markiert einen historischen Schritt in der Beziehung zwischen der EU und Bosnien und Herzegowina und symbolisiert eine langfristige Investition in Frieden, Wohlstand und Stabilität für Europa.

Um Anreize auf dem langen Weg zur EU-Mitgliedschaft zu schaffen, wäre es anzudenken, gewisse Incentives nach der Übernahme bestimmter Teile des Acquis Communautaire anzubieten. Anzudenken wären hier beispielsweise Zugang zum Erasmus+ Programm.

Die Republik Österreich spielt durch ihre historischen Verbindungen zur Region eine besondere Rolle bei der Unterstützung der Bemühungen dieser Länder. Diese Verantwortung wird wahrgenommen und muss in Zukunft weiterhin so wahrgenommen werden.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschluss-(Resolutions)antrag:

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für alle Bemühungen zur Stärkung der EU-Beitrittsperspektive der Länder des Westbalkans aus und fordert die Bundesministerin für EU und Verfassung dazu auf, sich im Rahmen des Rats der Europäischen Union weiterhin verstärkt dafür einzusetzen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung. In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

21.02.2024